Geldpolitik

EZB legt Verschnaufpause ein

Es war ein fast schon ungewohntes Bild, das sich da im Nachgang zur jüngsten EZB-Ratssitzung am 16. Juli bot: Erstmals seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie vor gut vier Monaten hatte Christine Lagarde keinerlei neue expansive Maßnahmen zu verkünden. Was der Veranstaltung diesmal also an Spannung in Form von neuen Beschlüssen fehlte, machte Lagarde mithilfe einiger kerniger Statements wett. So ließ sie beispielsweise keinen Zweifel daran, dass das PEPP in vollem Umfang ausgeschöpft wird. Damit widersprach sie eindeutig den „hawkishen" Äußerungen von einigen ihrer Kollegen, wonach die EZB ihre PEPP-Käufe verringern sollte, sofern es die Umstände zuließen. Dieser unter anderem von Isabel Schnabel geäußerte Gedanke sollte im Wesentlichen die Märkte vorsichtig daran erinnern, dass – selbst im Fall der EZB – nicht automatisch mit immer weiteren geldpolitischen Stimuli gerechnet werden könne.

Dass Lagarde diesem Vorstoß nun ziemlich unverblümt eine Absage erteilte, dürfte indes nicht der einzige Punkt ihrer Ausführungen gewesen sein, der im Lager der Falken für Unmut sorgte. Denn die Französin wurde auch mit Blick auf die im EZB-Rat durchaus kontrovers geführte Debatte darüber, wie stark die Notenbank im Zuge ihrer PEPP-Käufe vom Kapitalschlüssel abweichen soll, sehr deutlich: „Die EZB wird niemals zulassen, dass die Orientierung am Kapitalschlüssel die Effektivität von PEPP beeinträchtigt." Anders als etwa Jens Weidmann hat Lagarde damit offensichtlich keine Vorbehalte, dass Wertpapiere bestimmter Euroländer überproportional erworben werden.

In diesem Zusammenhang zeigen erste Analysen zum PEPP bereits, dass die EZB abweichend von ihrem Kapitalschlüssel in etwas größerem Umfang italienische Staatsanleihen angekauft hat. Das Ausmaß dieser Abweichung mag bislang zwar wenig besorgniserregend sein, dem bei PEPP-Kritikern gern bemühten Vorwurf der monetären Staatsfinanzierung durch die Hintertür wird dadurch nichtsdestoweniger neue Nahrung geliefert. Die EZB täte also gut daran, hier behutsam vorzugehen und den Kapitalschlüssel als wesentliches Element der Selbstbeschränkung nicht leichtfertig über Bord zu werfen – zumal dieser in den vergangenen Jahren auch für den Europäischen Gerichtshof beim Absegnen der Anleihekaufprogramme regelmäßig ein wichtiges Argument darstellte.

Ihre mit Abstand am wenigsten kontroverse, gleichwohl nicht minder bedeutende Botschaft hob sich Lagarde im Übrigen ganz bis zum Schluss der Pressekonferenz auf. Mit Blick auf den am darauffolgenden Tag startenden EU-Gipfel in Brüssel zu Haushalt und Wiederaufbaufonds appellierte sie an die politischen Entscheider: „Es ist wichtig, dass sich die Verantwortlichen schnell auf ein ehrgeiziges Paket einigen. Die EZB hofft sehr stark darauf." Tatsächlich war es – anders als bei den Hilfsmaßnahmen der EZB – eine schwere Geburt, doch nach fünf (anstatt zwei) Tagen zäher Verhandlungen und Streitigkeiten standen die Corona-Hilfen und der neue EU-Haushalt im Gesamtvolumen von 1,8 Billionen Euro. Auch die 27 Regierungen der Eurozone haben also endlich die Zeichen der Zeit erkannt. Die EZB-Granden dürften im September also einigermaßen optimistisch aus der Sommerpause zurückkehren, denn zumindest bei der Krisenbewältigung sind sie ab sofort nicht mehr auf sich allein gestellt. Wie die gigantischen Schuldenberge jemals wieder abgetragen werden sollen, steht allerdings auf einem anderen Blatt.

Kreditgenossenschaften

Aus der Position der Stärke

Wohl dem, der die vergangenen Jahre gut genutzt hat. Denn der kann nun in die sicherlich kommenden turbulenteren und herausfordernderen Zeiten nach den vergangenen außergewöhnlichen Monaten recht gelassen blicken. „Die genossenschaftliche Finanzgruppe hat seit der letzten Finanzkrise ihr bilanzielles Eigenkapital verdoppelt, während das Bilanzvolumen nur um etwas mehr als ein Drittel zugelegt hat", hebt BVR-Vorstand Gerhard Hofmann die Erfolge der genossenschaftlichen Banken hervor. Allein im abgelaufenen Geschäftsjahr wuchs das bilanzielle Eigenkapital der gesamten Gruppe kräftig um 7,7 Prozent oder 8,3 Milliarden Euro auf insgesamt 116 Milliarden Euro. Natürlich profitierte die Gruppe dabei von den positiven Kapitalmarkt- und Bewertungseffekten vor allem im Asset Management und im Versicherungsgeschäft. Aber es ist Be-

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

leg für die richtigen Weichenstellungen der vergangenen Jahre, vor allem die Konsolidierung innerhalb der Gruppe, und die richtige Aufstellung und erfolgreiche Arbeitsteilung.

Dabei stehen die Verantwortlichen nicht still. Als erste Erkenntnis des gerade laufenden Überprüfungsprozesses der Strategie der Finanzgruppe hebt BVR-Präsidentin Marija Kolak die schnellere Wahrnehmung von sich verändernden Bedarfslagen der Kunden und damit eine höhere Zukunftsfähigkeit der Bankdienstleistungen, eine verstärkte Entlastung der Primärbanken auf der Kostenseite durch die Verbundunternehmen sowie die große Bedeutung der Dezentralität hervor. „Wir kratzen nicht an der Eigenverantwortung der Institute vor Ort", so die Präsidentin.

Offensichtlich zu Recht, wie die Ergebnisse 2019 zeigen: Die Forderungen an Kunden stiegen um fast 50 Milliarden Euro auf 845 Milliarden Euro, die Handelsaktiva legten um 18,2 Prozent auf gut 44 Milliarden zu, die Finanzanlagen um 3,9 Prozent auf knapp 249 Milliarden Euro und die Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen um 12,7 Prozent auf etwa 113 Milliarden Euro. Doch nicht nur die Volumina stimmen, sondern auch die Erträge daraus. Zwar ging der Zinsüberschuss als wesentliche Ertragsquelle weiter um 1 Prozent oder 183 Millionen Euro auf 18,19 Milliarden zurück und beträgt aktuell noch 1,36 der Durchschnittsbilanzsumme. Doch konnte das von einem Anstieg des Provisionsüberschusses um 4 Prozent oder 276 Millionen Euro auf 7,09 Milliarden Euro überkompensiert werden. Maßgeblich getragen wird das außerordentlich gute Jahresergebnis von 7,05 Milliarden Euro nach 5,4 Milliarden Euro im Vorjahr (plus 31 Prozent) aber von den erwähnten Kapitalmarkt- und Bewertungseffekten. Das Ergebnis aus Finanzanlagen stieg um 1,87 Milliarden Euro auf 961 Millionen Euro, das sonstige Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten um 348 Millionen Euro auf 226 Millionen Euro und das Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft um 789 Millionen Euro auf 1,65 Milliarden Euro. Die Kosten blieben weitgehend stabil. Die Risikovorsorge wurde vorsichtshalber schon mal um 681 Millionen Euro auf 832 Millionen Euro erhöht.

Das ist Teil der soliden Basis, von der in den kommenden Jahren gezehrt werden muss. Dabei weiß man noch gar nicht, wie schlimm es wirklich kommen wird. Der Wirtschaftseinbruch ist zwar gravierend, aber schon in den kommenden Monaten soll sich den Ökonomen zufolge Besserung abzeichnen. Zum laufenden Jahr taten sich die Verantwortlichen des BVR daher mit Vorhersagen schwer. Bis zur Jahresmitte gebe es noch keine Auffälligkeiten, weder bei den ausgereichten Kreditvolumina noch der Risikovorsorge, so Hofmann. Die anhaltend hohe Immobilienkreditnachfrage halte an, laut Zahlen zum 31. Mai 2020 gebe es noch keinen Rückgang bei Baufinanzierungen. Das sei ein stabilisierender Faktor. Hinzu kommen aber auch Verzerrungseffekte: Die Pleitewelle läuft dem Konjunktureinbruch bekanntermaßen hinterher, die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht trübt das wahrhaftige Bild ebenfalls und die Stundungen von Krediten können sich für die Zukunft ebenfalls als Belastung erweisen. So viel zu den Unsicherheiten. Was man aber mit Sicherheit feststellen kann: Die genossenschaftliche Finanzgruppe ist für die Krise sehr gut präpariert.

Banken

Schwarzmalerei

Die Wissenschaft hat eine fundierende, eine kritische und eine utopische Funktion. Die fundierende Funktion besteht darin, dass sie die Grundlagen für Aussagen erarbeitet. Ihre kritische Aufgabe erfüllt sie, indem sie Fehler aufdeckt und deren Beseitigung anregt. Ihrer utopischen Funktion wird sie gerecht, wenn sie neue Ziele, Werte und Modelle entwickelt. So kann man es im „Wirtschaftslexikon 24" nachlesen. Das Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) hat sich nun die Mühe gemacht, die Kennzahlen von mehr als einer halben Million deutscher Unternehmen mit den Bilanzdaten von über 1 000 hiesigen Banken zu verknüpfen und kommt zu dem Schluss: Deutschland steht eine neue Bankenkrise bevor. Die Befürchtung: Bundesweit werden infolge der Corona-Pandemie Tausende Firmen ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen können und die Kreditausfälle könnten Deutschlands Banken so schwer belasten, dass diese selbst in Existenznot geraten. Im optimistischen Szenario, bei dem sich die deutsche Wirtschaft rasch erholt, wären immerhin sechs Prozent und damit Dutzende hiesige Geldhäuser gefährdet. Hingegen würden im pessimistischen Szenario einer langen Wirtschaftsflaute bis zu 28 Prozent und damit

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

Hunderte Banken in ernste Schwierigkeiten geraten, so die Ergebnisse der IWH-Analyse.

Sicherlich wird es höhere Kreditausfälle geben. Es bleibt aber abzuwarten, ob sich die dramatischen Schätzungen der Experten bewahrheiten werden. Laut Oliver Wyman beispielsweise müssen sich die Institute in den kommenden drei Jahren auf Kreditausfälle von mehr als 400 Milliarden Euro einstellen. Bei einem zweiten europaweiten Lockdown könnten sich die Ausfälle auf mehr als 800 Milliarden Euro verdoppeln. Die Ratingagentur Moody's schätzt, dass der Anteil fauler Kredite in den Bankbilanzen bis 2022 bei den meisten europäischen Banken um ein bis drei Prozentpunkte steigen werde. Ende Juni galten 8,5 Prozent der Kredite europäischer Banken an kleine und mittlere Unternehmen als ausfallgefährdet, bei Verbraucherdarlehen waren es 5,6 Prozent. Und der Bonner Wirtschaftswissenschaftler Moritz Schularick prognostiziert gemeinsam mit den Volkswirten Sascha Steffen und Tobias Tröger vom Center for Economic Policy Research (CEPR) einen zusätzlichen Eigenkapitalbedarf für europäische Banken aufgrund der Rezession und der Kreditausfälle von bis zu 600 Milliarden Euro in einem negativen Szenario und bei einem moderaten Verlauf von immerhin noch bis zu 143 Milliarden Euro.

Sollte man nun in Panik geraten und die Institute, wie gefordert, vorsorglich zwangsrekapitalisieren und zwangsfusionieren? Denn mehr an kreativen Ideen fällt den Auguren auch nicht ein. Wohl kaum, zumindest mit Blick auf die Bundesrepublik und die heimischen Institute. Per Ende 2019 betrug das harte Kernkapital der deutschen Banken und Sparkassen laut BaFin 511,7 Milliarden Euro, die gesamten Eigenmittel summierten sich auf 573 Milliarden Euro. Hinzu kommen laut Bankenstatistik der deutschen Bundesbank noch einmal rund 117 Milliarden Euro an stillen Reserven aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken. Damit lassen sich vor allem in den beiden Verbünden einige Jahre mit weniger Kundenkreditwachstum und höheren Wertberichtigungen sicherlich aushalten. Und wer doch in ernsthafte Schwierigkeiten kommt, wird über die Institutssicherung der Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken wie bisher auch recht geräusch- und effektlos mit dem Nachbarn fusioniert.

PS: Immerhin dürfte von der Bankenaufsicht dieses Mal keine Schelte kommen, sollten die Kapitalpuffer am Ende doch etwas zusammenschmelzen. Schließlich hat diese die Institute doch explizit dazu aufgefordert, ihrer Verpflichtung nachzukommen und die Wirtschaft mit Krediten zu versorgen. Kapitalpuffer seien dafür da, in Krisenzeiten genutzt zu werden, so Andrea Enria, der Vorsitzende des Single Supervisory Mechanism der EZB.

Personalpolitik

Homeoffice – ein Modell mit Hindernissen

Laut einer Untersuchung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales erspart die mobile Arbeitsform den Beschäftigten im Schnitt 4,4 Stunden in der Woche, die 80 Prozent für mehr Zeit mit der Familie nutzen. Trotz des Potenzials, Privates und Berufliches der Mitarbeiter besser unter einen Hut bringen zu können, beharrte der Großteil der Unternehmen in den vergangenen Jahren auf die Präsenz ihrer Angestellten vor Ort. Dieses Bild hat sich durch die Corona-Krise deutlich geändert. Um die Pandemie eindämmen zu können, sahen sich viele Banken dazu gezwungen, ihre Filialen zu schließen, die Abteilungen in Teams aufzuteilen und ihre Mitarbeiter nach Hause zu schicken. Viele Prozesse mussten ad hoc angepasst werden. Drei Monate danach zeigt sich: Die Institute haben bewiesen, dass sie in der Lage sind, auch während der Krise ihren Aufgaben nachzukommen.

Netter Nebeneffekt: Banken können über flexiblere Arbeitszeitmodelle auch ihrer gesellschaftlichen Verantwortung hinsichtlich Nachhaltigkeit nachkommen. Durch den vermehrten Einsatz von Videokonferenzen können enorme Reisekosten und Zeit eingespart werden. Das ist ein echtes Umweltplus, denn eine Stunde Videokonferenz verursacht zirka 130 bis 140 Gramm CO_2, was einer zurückgelegten Distanz mit dem Auto von etwa einem bis zwei Kilometern entspricht.

Aber: Die Arbeit zu Hause kann auch schnell isolieren und spontane Impulse oder Ideen können wesentlich langsamer entwickelt oder geteilt werden. Jeder zweite Befragte der von der mhplus Krankenkasse und der SDK Süddeutsche Krankenversicherung durchgeführten Studie „Gesundes Homeoffice" sieht zudem bei

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

sich selbst eine geringere Produktivität durch mehr Ablenkung. Zudem liegt die Vermutung nahe, dass wer weniger vor Ort präsent ist, potenzielle Karrieresprünge verpasst.

Bleiben arbeitsrechtliche Herausforderungen. Nicht endgültig geklärt ist beispielsweise die Frage der Unfallversicherung. So greift die Versicherung beispielsweise nicht, wenn man sich auf dem Weg zwischen seinem Arbeitsplatz daheim und der Toilette verletzt. Geleitet von falschem Ehrgeiz können Mitarbeiter auch dazu neigen, gesetzliche Arbeitszeitgrenzen zu überschreiten. In diesem Fall drohen den Unternehmen empfindliche Bußgelder. Und wie ist es mit dem Thema Daten- und Geheimnisschutz, wenn mittels Telefon- und Videokonferenzen über vertrauliche Firmeninformationen gesprochen und Präsentationen auf dem Computer angesehen werden? Hat der Arbeitgeber ein Zugangsrecht, um vertragliche Vorgaben insbesondere zum Arbeitsschutz in der Wohnung zu kontrollieren?

Und schließlich wächst auch die Sorge um den Arbeitsplatz: Immerhin wollen viele Banken und Sparkassen aufgrund der gemachten Erfahrungen einen Teil der in der Krise geschlossenen Filialen gar nicht mehr öffnen und so Kosten sparen.

Die Vorteile der Heimarbeit können auf den ersten Blick recht rosig wirken, jedoch steht das Modell vor diversen Problemen. Es kommt also wie so oft im Leben auf die richtige Balance an. Auch wenn plötzlich viele Mitarbeiter gar nicht mehr dauerhaft ins Homeoffice wollen.

Digitalisierung

Risiken und Nebenwirkungen

Digitalisierung – Panazee eines jeden Wirtschaftszweiges. Möchte man zumindest meinen, so oft wie das Schlagwort dieser Tage in den Mund genommen wird. Selbstredend ist die Digitalisierung ein wichtiger Aspekt, der mittlerweile nahezu jeden Lebensbereich durchdringt und für die Finanzbranche in der Breite einen entscheidenden Wettbewerbsfaktor darstellt. Kundenwünsche entwickeln sich dahin gehend, Arbeitsabläufe innerhalb eines Instituts werden dadurch vereinfacht und Kosten können gesenkt werden – oder?

Einer Studie der Economist Intelligence Unit zufolge ist das Allheilmittel für Teile der Finanzbranche wohl eher eine bittere Pille. Im Detail dreht sich die Studie um die Anwendung von KI-basierten Lösungen für die Finanzbranche. Es wurden drei verschiedene Typen von Instituten befragt: Investment- und Retailbanken sowie Versicherer. Während sich vor allem Investment- (IB) und Retailbanken (RB) bei der Anwendung von Technologien wie prädikativer Analyse (RB: 71 Prozent; IB: 60 Prozent) oder virtuellen Assistenten (RB: 61 Prozent; IB: 58 Prozent) hervortun, sind Versicherer oft weit abgeschlagen (jeweils 54 und 50 Prozent). Bei maschinellem Lernen liegen Versicherer (57 Prozent) vor den RB (55 Prozent), jedoch hinter IB (63 Prozent). In den Feldern Computerlinguistik, Bildanalyse und robotische Prozessautomatisierung verringert sich die Anwendungsrate allgemein, aber auch hier sind Versicherer oft weit hinter den Banken.

Die Studie führt die Größe sowie die einfachere Produktpalette der Versicherer als Grund an, warum hier wohl der Bedarf an KI-Lösungen niedriger ist. Der Geschäftsbereich sieht wohl weniger Mehrwert in diesen Technologien für sein Angebot und für seine Nutzer. Auf der anderen Seite sind auch Hindernisse und Risiken mit der Einführung verbunden. Hiernach gefragt antworten 39 Prozent aller Teilnehmer, größtes Hindernis seien die Kosten der Technologie. Als großes Risiko sehen vor allem in Europa Befragte behördliche Herausforderungen (32 Prozent). Unter diesen Gesichtspunkten erscheinen KI-Technologien als eine Lösung, die sich nur größere Institute leisten können.

Die Digitalisierung und deren einzelne Ausprägungen, wie KI oder auch die Blockchain, über alle Geschäftsbereiche stülpen zu wollen, führt vielleicht also nicht immer zum Erfolg. Wie auch Daniel Schmand, verantwortlich für das Geschäftsfeld der Handelsfinanzierung bei der Deutschen Bank, im Gespräch im Heft betont, müssen für die Anwendung digitaler Lösungen auch ein entsprechender Beweggrund sowie ein durchdachtes Konzept vorliegen. Das heißt nicht, dass digitale Lösungen nicht in strategischen Diskussionen berücksichtigt werden sollten. Grundsätzlich sollte aber immer hinterfragt werden, ob die Digitalisierung im Unternehmen um der Digitalisierung willen geschieht und nicht andere, grundlegendere Probleme zuerst angegangen werden müssten.

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH